

Internationaler Zivildienst e. V.
Deutscher Zweig des Service Civil International
Hamburg 1, Beim Strohhaus 14, Telefon 24 79 11
Postscheckkonto Hamburg 23 15 80

Mitteilungen Nr. 23

August / September 1963

.....
.....
.....

Offener Brief an die Mitglieder des Vorstandes

Liebe Freunde,

es bewegt mich sehr, daß Ihr die Teilnahme von deutschen Freiwilligen an einem Zivildienst in der DDR in diesem Jahr verhindert habt. Mir scheint, kein Zweig hat das Recht, seinen Freiwilligen die Entscheidungsfreiheit zu nehmen in der Frage, für welchen Dienst einer sich bewerben möchte. Ich glaube, daß Ihr damit einen schweren Verstoß gegen die SCI-Gemeinschaft begangen habt, und ich würde es für richtig halten, wenn das Internationale Komitee den deutschen Zweig daraufhin aus dem Service Civil International ausschließt. Ich meine, daß es sich hier um eine grundsätzliche und schwerwiegende Frage handelt, die sich weder auf dem Wege der schriftlichen Diskussion im Mitteilungsblatt noch in formlosen Gesprächen auf einer Herbsttagung, sondern nur auf einer Mitgliederversammlung klären läßt. Darum schlage ich vor, die für den 5./6. Oktober in Offenbach vorgesehene Herbsttagung als

außerordentliche Mitgliederversammlung

einzuberufen.

Ich bitte hiermit alle Mitglieder des deutschen Zweiges, die diesen Vorschlag gutheißen, ihre Zustimmung der Hamburger Geschäftsstelle mitzuteilen. Und ich bitte Alfred Knaus, die eingehenden positiven Stimmen zu zählen und, wenn ihre Zahl ausreicht, einen entsprechenden Vorstandsbeschluß herbeizuführen.

Euer

Fiete Michelsen, Oldenburg

Wer diesen Antrag unterstützen will, wird gebeten, sofort an die Geschäftsstelle zu schreiben.

.....
.....
.....

VORSCHLÄGE - KRITIK

Zum Thema : "Für den Frieden - auch gegen den Krieg"

Die Frage, die Hans-Joachim Bartz im Mitteilungsblatt 13 und Heinz-Gerhard Oelmann im Mitteilungsblatt 17 aufgeworfen haben, scheint mir das Kernproblem dessen zu sein, was viele Zivildienstler heute empfinden : den Zwiespalt, etwas konstruktiv direktes, politisches gegen den Krieg, gegen die Ursachen für Kriege, als zusätzlichen Beitrag zur Erhaltung des Friedens tun zu wollen --- oder (nur) Friedensdienste (Arbeitslager) zu tun.

Hans-Joachim und Heinz-Gerhard geben ganz bewußt (noch) keine Antwort auf diese Alternativfrage; aber entbindet uns dieses ... keine Antwort geben, davon, selbst nach einer Lösung zu suchen ? Nach meiner Ansicht nicht.

Heinz-Gerhard Oelmann trifft genau ins Schwarze, wenn er sagt, daß "wir unser Ziel verfehlen, wenn wir nur Friedensdienste leisten und die Arbeit gegen den Krieg" den politischen Friedensverbänden überlassen. "Arbeit für den Frieden" und "Arbeit gegen den Krieg" müssen sich gegenseitig ergänzen.

Daß diese Einsicht bisher lediglich zum Bewußtsein vieler Zivildienstler gehört, nicht jedoch (wahrscheinlich) auch zur praktischen Nutzenanwendung gereicht hat, resultiert nach meiner Ansicht daraus, daß viele von uns eine Aversion gegenüber einem politischen Engagement haben; dem IZD eine klare Stellungnahme als Organisation zu den Frieden schlechthin gefährdenden Aktionen, Maßnahmen und Vorkommnissen in unserem Staate zu risikoreich erscheint.

Als bester Beweis hierfür möge nach meiner Ansicht die faktische Annullierung unseres Beschlusses dienen, der auf der diesjährigen Mitgliederversammlung in Frankfurt gefaßt wurde. Es ist nachzulesen in der von Bertram Schröter unterzeichneten Verlautbarung des Vorstandes unter der Überschrift "Zivildienstarbeit in Mitteldeutschland?" und beinhaltet, daß zwar ein Kontakt des IZD zur FDJ aus psychologisch und taktisch verständlichen Gründen nicht zu begrüßen ist (die Organisation des Dienstes in Potsdam lag ja sowieso beim Europäischen Sekretär und dem britischen Zweig!), daß jedoch dem Lager zuzustimmen und die weitere Entwicklung abzuwarten sei. Dieser Beschluß wurde – wie gesagt – auf der Vorstandssitzung vom 30. / 31. 3. des Jahres annulliert, nachdem dem IZD von einer inoffiziellen Stelle eines Bonner Ministeriums die Möglichkeit angedeutet worden war, dem IZD die Unterstützung durch Jugendplanmittel zu entziehen, wenn er offiziell mit der FDJ zusammenarbeite. Wenn eine "offizielle Zusammenarbeit des deutschen Zweiges mit der FDJ" in Frankfurt auch gar nicht beschlossen wurde, so war das gewiß ein starkes Geschütz und mußte zur ernsthaften Bestandsaufnahme führen. Wir wissen alle, daß die Arbeit des IZD mit den Mitteln des Bundesjugendplanes steht und fällt, aber das Dilemma ist, weichen wir ewig solchen erpresserischen Manövern (und zum Vergleich sei hier nur einmal das Augenmerk auf die Vorfälle im Hamburger CVJM gelenkt. Jener war bereit, westdeutsche Christen im Rahmen der sogenannten Ostseewoche nach Rostock zu schicken, damit sie – getreu den Aufforderungen unserer höchsten Staatsrepräsentanten "den menschlichen Kontakt zu den Schwestern und Brüdern in der Zone pflegen" – Gespräche mit jungen Christen zu führen versuchen. Für diesen "kontaktfeindlichen" Willen des CVJM wurde der Leiter des CVJM und 2. Vorsitzende des Hamburger Jugendringes, Weber, seines Postens beim Jugendring enthoben.) von deutschen gewählten Volksvertretern, lassen wir uns vor den Karren des Kalten Krieges spannen. Und werden wir damit unserer Zielsetzung gerecht ? . . .

Ich glaube, wir als Organisation müßten trotz aller gewiß nicht immer kleinlichen Wenn und Aber aus der Reserve heraus, in der wir uns auf Grund unserer Struktur und wohl auch Herkunft der einzelnen Mitglieder befinden. Vorbehalte und Ressentiments können uns allen aber keine Sicherheit mehr verleihen, wenn der Ernstfall einmal eingetreten ist. Deshalb gilt es, den Anfängen zu wehren und sich als Organisation auch zu engagieren und sei dies nur um des kleinsten Preises willen, um ein reines Gewissen vor sich selbst zu haben, das Menschenmögliche getan zu haben. Denn auch durch Schweigen wird man mitschuldig !

Heinz-Gerhard Oelmann stellt die Frage, wie sollte denn die Aktivität aussehen, die wir als Organisation entfalten könnten, mit dazu beizutragen, "gegen den Krieg zu arbeiten"? Nun, als Organisation müßte der IZD wohl rechtmäßig, bevor er sich zum Sprachrohr seiner Mitglieder macht, erst einmal klären, ob es dem sittlichen Bedürfnis der Mitglieder entspricht, in ihrem Namen . . . zu zeichnen. Ich bin sicher, daß die IZD-Mitglieder ihrer Organisation ein generelles Vertrauensvotum erteilen würden (denn wie wäre sonst ihre aufrichtige Mitgliedschaft zu verstehen, die doch nur ein Sich-identisch-erklären mit den tieferen Zielen des Zivildienstes bedeuten kann, Friedensdienste als Alternativedienste zu leisten?) und der Vorstand als Unterzeichnender dann auch nach bestem Wissen und Gewissen seine Aktivität entfaltet.

Als letztes würde sich dann die Frage ergeben, wie soll denn nun diese Aktivität aussehen ? Ich möchte einer Diskussion, diesen ganzen Fragenkomplex betreffend, nicht vorgreifen, nur so viel sei gesagt : Für einen rational und politisch klar denkenden Menschen, der das politische Geschehen mit wachen Sinnen wahrnimmt und analysiert, sollte es in unserem Staat nicht allzu schwer fallen, Anlässe, Vorgänge, Bedingungen usw. zu sehen, welche den Frieden gefährden und folglich die Existenz der Menschheit in Frage stellen können. Und hier müßte es gelten, Protest zu erheben – auch im Verein mit anderen Friedensverbänden und -gruppen, welche unter gleicher Zielsetzung gleich oder ähnlich handeln. Ja, man müßte sogar, um der größeren Wirksamkeit und des Nutzeffektes willen, unter Umständen seine Maßnahmen mit denen anderer koordinieren, denn nur in der Aktionseinheit sind wir stark, nicht aber in der Zersplitterung ! Heinz-Gerhard Oelmann hat – wenn auch in der Fragestellung – eine solche Möglichkeit genannt, jene, sich analog des Nürnberger Jugendringes in Sachen Kriegsspielzeug zu betätigen. Winfried Eisenberg hat uns im Mitteilungsblatt 19 eine andere Möglichkeit gewiesen, sich mit den Zielen der Ostermarschbewegung der Atomwaffengegner konform zu erklären, denn welche Sache sollte die Sache der Atomwaffengegner wohl mehr sein als unsere ? – Der Katalog der Möglichkeiten könnte beliebig fortgesetzt werden, in dem auch enthalten sein könnte, sich gegen Maßnahmen usw. zu wenden, welche Kriege psychologisch in unserem Lande mit verbreiten helfen, als da sind zum Beispiel der zivile Bevölkerungsschutz, die Notstands- und Zivildienstgesetzgebung.

Kurz, ich gebe ebenso wie Hein-Gerhard Oelmann das Wort zurück an alle jene, die sich von der aufgeworfenen Frage angesprochen fühlen und hoffe nur, daß wir endlich einen Weg aus der Sackgasse finden, in die wir uns leider selbst hineinmanövriert haben.

Borvin Wulf , zur Zeit Ersatzdienst Hamburg

.....
.....

Wäre das eine Möglichkeit der Ost-West-Begegnung ?

Nach dem Bericht von Bertram Schröter im letzten Mitteilungsblatt erscheint es dem deutschen Zweig nicht ratsam, westdeutsche Teilnehmer zu dem vom Internationalen Komitee in der DDR geplanten Lager zu entsenden. Ich halte diese Zurückhaltung für berechtigt, weil der IZD im Bewußtsein der Bevölkerung nicht so fest verankert ist, daß er über den bundesdeutschen Verdacht des östlich-infiltriert-Seins erhaben sein könnte. Wir müssen also zunächst andere Möglichkeiten suchen, um im Spannungsgebiet Ost-West wirksam und überzeugend zu arbeiten.

Hierzu zeichnete sich bei einem kürzlichen Zusammentreffen mit einem evangelischen Studentenkreis in Ost-Berlin ein Weg ab :

Westliche Teilnehmer können mit einer Tages-Aufenthaltsgenehmigung noch verhältnismäßig ungehindert und beliebig oft für die Dauer jeweils eines Tages nach Ost-Berlin einreisen. Wir – elf westdeutsche Jugendleiter – hatten uns zu diesem Zweck in einem Heim in West-Berlin niedergelassen und fuhren morgens mit einem Kleinbus, den eine Automobilfabrik 14 Tage kostenlos zur Verfügung stellte, in den Ost-Sektor. Das geschah, (weil sich der größte Teil des Studienprogramms in West-Berlin abspielte), zwar nur an vier Tagen, wir wurden aber trotzdem bald im Grenzgebäude als geschlossene Gruppe festgestellt und entsprechend beobachtet, jedoch nicht behindert.

In Flugblättern und Prospekten, die an der Grenze verteilt werden, werden westliche Besucher immer eingeladen, Ost-Berlin zu besuchen und "mit offenen Augen" zu besichtigen. Diesen Umstand könnten wir uns bei der Planung eines Dienstes in Ost-Berlin bei Verhandlungen mit Behörden der DDR zunutze machen. Offiziell steht ja der täglichen Ein- und Ausreise westlicher Teilnehmer nichts im Wege, es ist aber trotzdem ratsam, Behörden von dem Vorhaben zu benachrichtigen, um den Dienst und seine östlichen Teilnehmer nicht zu gefährden.

(63 09 00 - 1 04)

Ein Projekt könnte durch die Evangelische Kirche gesucht und gefunden werden. Es müßte im Bereich der Kirche liegen, weil der Jungen Gemeinde Zusammenkünfte in außerkirchlichen Räumen nicht

gestattet sind. Der tragende Kreis im Osten würde der schon erwähnte Studentenkreis sein, der die Freiwilligen sowohl in den eigenen Reihen wie auch in der übrigen Jungen Gemeinde anwerben würde. Der Kreis hat außerdem Verbindung zur katholischen und zur freikirchlichen Jugend. Ich glaube, daß ein solches Begegnungslager, dessen ganzer Tagesablauf sich in Ost-Berlin abspielen würde, ein für beide Teile außerordentlich fruchtbarer Anfang sein könnte.

Wir begegneten in diesen Studenten Menschen, die ihr Christsein nicht im Sinne flacher Pro-Westlichkeit leben, sondern durchaus bewußt und lebendig in der DDR stehen und bleiben wollen. Trotzdem wissen sie um ihre persönliche Verantwortung und die Notwendigkeit eigener Entscheidungen, was beispielsweise an ihren sehr interessierten Fragen um den Wehrdienst deutlich wurde. – Natürlich wäre eine solche Aktion zunächst ein bescheidener Anfang – hoffentlich ein Anfang. Ost-Berlin ist aber zur Zeit der einzige Ort, an dem Menschen aus Mitteldeutschland mit Menschen aus dem westlichen Teil der Welt zusammentreffen können.

Wir sollten deshalb diesen Versuch wagen, bei dem wir kaum etwas verlieren, jedoch auf beiden Seiten Vertrauen gewinnen können.

Hermann Bollmann, Kassel

.....
.....
.....